

Nr. 17/63

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahl von sechs Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs
2. Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Nr. 17/64

Fragestunde

1. Klinikführer im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 18. Juli 2007
2. Bezahlung der Tagesmütter sicherstellen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Michael Bartels, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. August 2007
3. Schul-Verhaltenskodex und klare gesetzliche Regelungen gegen Internet-Mobbing
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. August 2007
4. Naturschutzgebiet Weserportsee im Bremer Überseehafengebiet
Anfrage der Abgeordneten Frank Willmann, Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2007
5. Mammografie-Screening
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Ursula Arnold-Cramer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 28. August 2007
6. Verbindungsbüro in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 31. August 2007
7. Umzugskosten durch Regierungswechsel
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 4. September 2007
8. Ausrüstung der Polizei mit einem ausziehbaren Einsatzstock
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. September 2007
9. Barrierefreiheit im Wohnungsbau
Anfrage der Abgeordneten Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. September 2007

10. Bremisches Fischereigesetz

Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. September 2007

11. Mangel an Ausbildungsplätzen und gescheiterter Ausbildungspakt in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel und Fraktion Die Linke vom 12. September 2007

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/65

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Frank Schildt, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Öffentlich-rechtlicher Rundfunk durch Verfassungsgericht gestärkt“.

Nr. 17/66

Bremens und Bremerhavens Küsten ausreichend schützen

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 13. Juli 2007 (Drucksache 17/24)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. September 2007

(Drucksache 17/35)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/67

Neubildung des Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 11. September 2007 (Drucksache 17/45)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die in der Mitteilung des Senats enthaltenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 17/68

Berichterstattung zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 10. April 2007 (Drucksache 16/1369)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/69

Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 31. März 2007 vom 25. April 2007

(Drucksache 16/1388)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 31. März 2007 Kenntnis.

Nr. 17/70

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und Die Linke vom 17. September 2007
(Drucksache 17/53)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat für eine schnelle Ratifizierung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen.

Nr. 17/71

Gesetzliche Verankerung des Landesbehindertenbeauftragten sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Die Linke vom 18. September 2007
(Drucksache 17/60)

Der Senat wird gebeten, bis zur Sitzung der Bremischen Bürgerschaft im Oktober 2007 einen Entwurf zur Novellierung des BremGG mit dem Ziel der Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Position des/der Landesbehindertenbeauftragten im Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz (BremBGG) vorzulegen.

Nr. 17/72

Einsetzung eines Parlamentsausschusses für Kinder und Jugend

Antrag der Fraktion der CDU vom 3. Juli 2007
(Drucksache 17/21)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/73

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des staatlichen Ausschusses für Kinder und Jugend

Durch Ablehnung des Einsetzungsbeschlusses (Drs. 17/21) entfällt diese Wahl.

Nr. 17/74

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktion der CDU vom 3. Juli 2007
(Drucksache 17/22)
1. Lesung

Der Antrag ist erledigt durch Ablehnung des Einsetzungsbeschlusses (Drs. 17/21).

Nr. 17/75

Keine Nachteile für homosexuelle Paare

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 4. September 2007
(Drucksache 17/34)

Der Entschließungsantrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/76

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (BremLPartVerfG)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/52)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/77

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas R ö w e k a m p

anstelle des Abgeordneten Hartmut Perschau zum Mitglied und den Abgeordneten

Heiko S t r o h m a n n

anstelle des Abgeordneten Helmut Pflugradt zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 17/78

Künftige Gestaltung der gemeinsamen Bildungsevaluation und Forschungsförderung von Bund und Ländern:

Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen)

Mitteilung des Senats vom 17. Juli 2007
(Drucksache 17/25)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/79

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 24. Juli 2007
(Drucksache 17/27)
1. Lesung

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/80

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und Die Linke
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/51)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/81

Bericht des Vorstands gemäß § 40 in Verbindung mit § 24 Bremisches Abgeordneten-gesetz zur Höhe der Fraktionszuschüsse

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 27. Juli 2007
(Drucksache 17/28)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der vom Vorstand der Bremischen Bürgerschaft vorgenommenen Verteilung der Fraktionszuschüsse zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 17/82

Einrichtung einer öffentlichen Sexualstraftäter-Datei

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (fraktionslos)
vom 17. August 2007
(Drucksache 17/29)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/83

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/30)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/84

Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/31)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/85

Stellungnahme des Senats zum ersten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/32)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum ersten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/86

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1 vom 11. September 2007

(Drucksache 17/41)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/87

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft Öffentlichkeit herstellen!

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 21. Juni 2007
(Drucksache 17/5)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/88

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/42)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft wie folgt zu:

1. § 63 Abs. 4 der Geschäftsordnung wird aufgehoben.
2. § 63 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird § 63 Abs. 4 der Geschäftsordnung.
3. § 63 a der Geschäftsordnung wird neu gefasst:
 - (1) Die Ausschüsse tagen öffentlich, soweit spezialgesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Die Vorschriften des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen sowie des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft bleiben unberührt.
 - (2) Dies gilt nicht für Beratungen und Beschlussfassungen über Angelegenheiten des Artikels 101 Absatz 1 Nr. 6 und 7 sowie der Artikel 85 Absatz 1 und 95 der Landesverfassung.
 - (3) Die Öffentlichkeit ist hergestellt, wenn im Rahmen der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten Zuhörern und Zuhörerinnen sowie den Medien der Zutritt zur Sitzung des Ausschusses gestattet wird. Dem oder der Vorsitzenden des Ausschusses obliegt die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowohl in der Sitzung selbst als auch unter der Zuhörerschaft. Wird ein ordnungsgemäßer Ablauf der Sitzung durch Zuhörer oder Zuhörerinnen gestört, so kann der oder die Vorsitzende deren Entfernung veranlassen.
 - (4) Mit der Einladung schlägt der oder die Vorsitzende die voraussichtliche Zuordnung der zu behandelnden Tagesordnungspunkte zum öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungsteil vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses vor.
 - (5) Auf Antrag einer Fraktion oder auf Antrag des Senats kann die Öffentlichkeit mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder ausgeschlossen oder beschränkt werden. Die Öffentlichkeit ist durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende auszuschließen, wenn öffentliche Belange eine Geheimhaltung zwingend erfordern oder überwiegende schutzwürdige Belange Einzelner einer öffentlichen Behandlung entgegenstehen. Diese sind bei Antragstellung begründet darzulegen.

(6) Über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden. Er kann sich auf die Sitzung insgesamt oder einzelne Gegenstände beziehen.

(7) Wird der Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit nach Absatz 5 Satz 1 abgelehnt, sind die Gegenstände, auf die sich der Antrag bezieht, in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Bei Beratungen in öffentlicher Sitzung sind der unantastbare Bereich privater Lebensführung sowie Berufs-, Geschäfts- oder Amtsgeheimnisse oder entgegenstehende Rechtsvorschriften zu beachten.

4. § 63 a der Geschäftsordnung wird § 63 b der Geschäftsordnung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/89

Weibliche Form berücksichtigen – Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/44)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Nr. 17/90

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Cord D e g e n h a r d t

anstelle des Abgeordneten Heiko Strohmann zum Mitglied der staatlichen Deputation für Sport.

